

TITEL

Die Krux



2022 soll der letzte Atommeiler vom Netz. Das gilt bis heute. Und wird, den Planungen der Betreiber und Behörden zufolge, auch so geschehen.

„Mich hat Merkels Ad-hoc-Entscheidung stutzig gemacht“, sagt die einstige Anti-Atomkraft-Aktivistin Wendland. „Mir war sofort klar: Das wird nicht ohne Konsequenzen für die deutsche Atomkraft bleiben. Aber wieso wurden, ohne eine Unfallanalyse abzuwarten, binnen drei Tagen in Deutschland acht Kernkraftwerke vom Netz genommen? Ohne dass man wusste, was in Fukushima überhaupt passiert war. Das war nicht mehr rational, das war panisch.“ Nach allem, was man inzwischen wisse, sei ein solches Unglück in deutschen Kernkraftwerken nicht möglich. „Hätten Isar-2 oder Grohnde in Fukushima gestanden, würden wir diesen Namen heute nicht kennen“, ist Wendland überzeugt.

Sie macht sich nun für eine erneute Laufzeitverlängerung stark, weiß aber, dass es sehr schwierig wird und die Zeit knapp ist. „Meine Befürchtung ist, dass die Kernkraftwerke wie geplant abgeschaltet werden, aber die Kohlekraftwerke dann deutlich länger am Netz bleiben müssen. Denn nur mit Erneuerbaren bekommen wir es in Deutschland nicht hin. Leider wird auch der Widerstand gegen Windkraft vor Ort immer stärker, der Ausbau stockt. Ich fürchte, dass am Ende die Versorgungssicherheit gegen das Klimaziel ausgespielt wird. Keine Regierung wird einen Blackout riskieren“, sagt Wendland. „Für den Klimaschutz ist der deutsche Weg fatal.“

Von einem Irrweg spricht Martin Neumann. Der FDP-Bundestagsabgeordnete ist energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion und einer der wenigen Parlamentarier, die technischen Sachverstand ins Hohe Haus bringen. Neumann ist Maschinenbauingenieur und Professor für Technische Gebäudeausrüstung an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Wenn er andere Politiker oder auch Journalisten über die Energiewende reden hört, kommt ihm manchmal das Grausen. „Einigen fehlt grundlegendes Wissen über physikalische Zusammenhänge“, sagt Neumann. „Ob jemand weiß, worum es geht, erkenne ich oft daran, ob er den Unterschied zwischen Kilowatt und Kilowattstunde kennt.“ Es ist der Unterschied zwischen Leistung und Energie.

Das eine ist die theoretisch mögliche Erzeugungskapazität, das andere die real gelieferte Energiemenge. „Selbst ein 100-Megawatt-Windpark versorgt keinen einzigen Haushalt, wenn kein Wind weht. Denn dann liefert er null Kilowattstunden Strom.“

Der Staat habe als Manager der Energiewende versagt, sagt der aus Brandenburg stammende Liberale. Die Energiekosten sind enorm gestiegen, aber der CO₂-Ausstoß wurde bisher kaum gesenkt. „Deutschland befindet sich hier auf einem Irrweg. Wir brauchen dringend einen Neustart.“ Ein Plädoyer für den Erhalt der sechs noch laufenden Kernkraftwerke hält Neumann allerdings nicht. Das Thema ist ein politisches Tabu. Seine Partei, deren Basis eigentlich dafür sehr offen wäre, versteckt sich lieber hinter der Forderung nach „Technologieoffenheit“. Diese Formulierung verwendet auch Neumann, wenn er die seiner Meinung nach drei größten Fehler der deutschen Energiepolitik benennt.

„Wir haben uns bei der Energiewende viel zu lange nur mit der Stromerzeugung beschäftigt, ohne das Gesamtsystem im Blick zu haben. Die Folge ist: Es fehlen Netz- und vor allem Speicherkapazitäten“, stellt er fest. „Der zweite große Fehler ist, dass wir uns auf nur zwei bereits bekannte Technologien konzentrieren, Windenergie und Sonnenenergie, statt technologieoffen an die Sache heranzugehen. Und das dritte Problem ist der nationale Alleingang. Denn die Energiewende lässt sich nur europäisch lösen. Allein schaffen wir es nicht.“

In seinem Wahlkreis bekommt der FDP-Abgeordnete zu spüren, dass die Akzeptanz für die Energiewende sinkt. Das sei aber kein spezifisch ostdeutsches Problem. Im Gegenteil: Die Menschen im Osten seien offensichtlich veränderungsbereiter als die im Westen, sagt Neumann. „Denn sie haben bereits einen gewaltigen Transformationsprozess hinter sich, jetzt rollt der nächste auf sie zu. Man darf ihnen aber keine Luftschlösser bauen, besonders nicht in den ehemaligen Braunkohlerevieren – die kennen den Unterschied zwischen Kilowatt und Kilowattstunde.“

Selbst ein 100-Megawatt- Windpark liefert keine einzig Kilowattstunde, wenn kein Wind weht



Der deutsche Atomausstieg ist für die Grünen ein historischer Sieg

Neumanns Kritik am staatlichen Missmanagement der Energiewende teilt auch der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller. Dieses Frühjahr hat er einen Sonderbericht dazu vorgelegt. Der Fokus lag auf der Versorgungssicherheit, also der Frage, wie stabil das deutsche Stromnetz nach dem Atom- und während des Kohleausstiegs bleibt. Das Ergebnis klingt alarmierend. „Ob Bürger und Wirtschaft künftig verlässlich mit Strom versorgt werden, unterliegt Risiken, die die Bundesregierung nicht vollständig im Blick hat“, warf Scheller dem Kabinett Merkel vor. Hinzu kämen die enormen Kosten des Umbauprojekts: „Bedenklich stimmen mich die hohen Strompreise für Privathaushalte und für kleinere und mittlere Unternehmen. Das setzt die Akzeptanz des Generationenprojekts aufs Spiel. Und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.“

Tatsächlich liegen die Strompreise der Bundesrepublik inzwischen deutlich über denen konkurrierender Industrieländer. Sie klettern durch Steuern und Energiewende-Umlagen immer weiter nach oben. Das beeinflusst nicht nur Standortentscheidungen von Großkonzernen, sondern auch die langfristigen Planungen deutscher Mittelständler, dem Herzstück der deutschen Wirtschaft. Denn die sind in den beiden Jahrzehnten der Globalisierung selbst zu kleinen Konzernen geworden, haben neben ihrem Stammsitz am Heimatort oft eigene Niederlassungen und Fabriken auf mehreren Kontinenten.

Wenn die Eigentümer und Manager dieser Mittelständler vor der Frage stehen, wo sie in neue zukunftsfähige Produkte investieren, sprechen längst nicht mehr nur die hohen Lohnkosten gegen den Produktionsstandort Deutschland. Auch die Zuverlässigkeit und Bezahlbarkeit des Stromes spielen eine entscheidende Rolle. Und das könnte, wenn es so weitergeht, zu jener schleichenden Abwanderung führen, vor der manche Ökonomen warnen. Deutschlands Deindustrialisierung würde dann nicht Knall auf Fall geschehen, sondern langsam und leise.

Andere Volkswirtschaftler, allen voran Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, werden indes nicht müde, von den ökonomischen Chancen der Energiewende zu reden. Sie bauen auf ein neues, diesmal grünes Wirtschaftswunder. Doch

das Schicksal der deutschen Fotovoltaik-Industrie mahnt dazu, solche vollmundigen Verheißungen mit Vorsicht zu genießen. Solarzellen werden inzwischen fast ausschließlich in Asien produziert. In Deutschland war es schlicht zu teuer.

Um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts machen sich auch die Mitglieder der Industriallianz für regionale Energiesicherheit in Nordrhein-Westfalen Sorgen. Rund 100 Unternehmen sind inzwischen dabei. Initiator war Kurt Vetten. Er ist Elektroingenieur, Stromnetzspezialist und stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbands für den Schutz Kritischer Infrastrukturen. Vetten ist alles andere als ein Gegner der Energiewende. Im Gegenteil: Er verdient damit sein Geld. Vettens Unternehmen, SME Management in Heppendorf, berät und begleitet Energieversorger, Netzbetreiber, Kommunen und Industriekunden beim Umbau der Stromversorgung.

„Über viele Jahrzehnte war es in Deutschland selbstverständlich, dass zu jeder Zeit genug verfügbare elektrische Leistung bereitstand. Das ist in Zukunft nicht mehr so selbstverständlich“, sagt Vetten. „Die Versorgungsqualität verändert sich jetzt schon. Flächendeckende Blackouts gibt es bisher nicht, kleinere, regional begrenzte hingegen schon.“ Hinzu komme die „Unruhe“ im Netz, die entstehe, weil große systemrelevante Kraftwerke zunehmend fehlen und der stark schwankende Wind- und Sonnenstrom dominiere. „Dann treten unter anderem sogenannte Flicker auf. Das sind kurze Spannungsschwankungen, die in Privathaushalten meistens ungefährlich sind. Aber im Gewerbe und in der Industrie reagieren die Maschinen darauf sehr empfindlich“, erklärt der Elektrotechniker. Ein Viertel der Produktionsbetriebe in Deutschland hätte dieses Problem inzwischen mehrmals im Jahr.

Einer davon ist die Bäckerei Boveleth, die ihr halb gebackenes Schwarzbrot wegschmeißen muss, wenn die Flicker den energieeffizienten Gasbackofen in die Knie zwingen.

Deutschlands Deindustrialisierung wird nicht Knall auf Fall geschehen, sondern langsam und leise



DANIEL GRÄBER
leitet das
Ressort Kapital
bei Cicero.